BIBLIOTECA CENTRALA „ASOCIAŢIUNII" 81811

Schriftleitung und Verwaltung: Hermannstadt, Heltauergasse 23. Postsparkasse Nr. 1305. Fernsprecher: Schriftleitung Nr. 11. Verwaltung Nr. 21.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis für Hermannstadt: monatlich 1 K 70 h, vierteljährlich 5 K ohne Zustellung ins Haus; mit Zustellung monatl. 2 K, 1/4 jhr. 6 K; mit Postversendung: für das Inland: vierteljährlich 7 K; für das Ausland: viertelj. 7 Mk., 10 Frcs. Einzelne Nummer 10 h.

Siebenbürgisch-Deutsches Tageblatt

Bezugsbestellungen und Anzeigen übernimmt außer der Hauptstelle Heltauergasse 23 jeder Zeitungsverschleiß und jede Anzeigenvermittlungsstelle des In- und Auslandes.

Anzeigenpreis: Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet beim einmaligen Einrücken 14 h, das zweitemal je 12 h, das drittemal je 10 h. Bei größeren Aufträgen entsprechender Nachlaß. Beilagen nach Uebereinkommen.

Nr. 13207 — Hermannstadt, Donnerstag 22. März 1917 — 44. Jahrgang

Generalstabsberichte.

Unser Generalstabsbericht.

Budapest, 21. März. Auf keinem der drei Kriegsschauplätze gab es Ereignisse von Belang.

v. Höfer.

(Aus dem Magyarischen rückübersetzt.)

Der deutsche Kriegsbericht.

Berlin,* 21. März. (Großes Hauptquartier.) Westlicher Kriegsschauplatz: Infolge Regens und Schneesturmes war die Kampftätigkeit gering. Zwischen Arras und Bertincourt, nordöstlich von Hams und im nördlichen Teil von Soisons zwangen unsere Sicherungstruppen einige gemischte Abteilungen des Feindes zu verlustreichem Rückzug. Auf dem rechten Maasufer scheiterten heute früh im Fosseswalde zwei französische Vorstöße.

Mazedonische Front: Bei Nicopole, Tirnova und Rastani (westlich und nördlich von Monastir) unterbanden wir mit unserm Feuer französische Angriffe, beziehungsweise schlugen wir sie zurück. Die nordöstlich von Tirnova und bei Spegova vorübergehend in den Händen des Feindes gebliebenen Höhen eroberten wir im Sturm zurück. Hierauf räumte der Feind das Zwischengelände. Seine nächtlichen Versuche, die Höhen zurückzugewinnen, endeten mit einem Mißerfolg. Im Cernabogen traf unsere Artillerie einen Fesselballon. Das Luftschiff stürzte brennend herab.

v. Ludendorff.

(Aus dem Magyarischen rückübersetzt.)

Telegramme des Korrespondenzbureaus.

Die Revolution in Rußland.

Rotterdam, 21. März.* Der Petersburger Berichterstatter des „Daily Telegraph" sprach mit Justizminister Kerenski (Sozialdemokrat), welcher erklärte, er sei ein Anhänger der Neutralisierung Konstantinopels u. der Unabhängigkeit Polens und halte es ferner für notwendig, daß Armenien unter russischem Schutz Autonomie erhalte und Finnlands Verfassung hergestellt werde.

Berlin, 21. März.* Die Pariser Blätter melden: Der Aufschub der allgemeinen Wahlen in Rußland bis nach dem Friedensschluß sei unwiderruflicher Beschluß der provisorischen Regierung, gestehen jedoch zu, daß dies die Arbeiterschaft, welche für die sofortige Einberufung der verfassunggebenden Versammlung eintrat, nicht beruhige.

Petersburg, 21. März.* (Agentur.) Beim Ausbruch der Revolution drückte ein Teil der Ostseeflotte dem Kommandanten Nepenin Vertrauen, der andere Teil Mißtrauen aus. Ein Teil der Offiziere wurde im Laufe der Unruhen getötet oder verwundet. Schließlich gelang es zwei Emissären der Revolutionsregierung die Ruhe herzustellen und den Anschluß der Ostseeflotte an die Revolution zu erwirken. Bedauerlicherweise wurde jedoch am nächsten Tag Admiral Nepenin ermordet.

Berlin, 21. März.* Einer Stockholmer Meldung zufolge sind seit Beginn der russischen Unruhen 4000 Personen getötet und über 7000 verwundet worden.

* Für die gestrige Nummer verspätet eingetroffen.

Petersburg, 22. März. Die Regierung hat einen Aufruf an die Armee erlassen, wonach die Armee sich ihre Solidarität und Manneszucht erhalten möge, um den Krieg zu gewinnen, da die Neugestaltung im Inneren von der Sicherheit der militärischen Verteidigung abhänge.

Petersburg, 22. März. („Reuter".) Aus dem russischen Hauptquartier wird telegraphiert, daß die Truppen auf einem öffentlichen Platz versammelt wurden, wo sie unter Vorantragung von roten Fahnen und Absingen der Marseillaise (!) defilieren. Auf Wunsch des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch verlas Generalstabschef Alexej den Text der Abdankungsurkunde und ermahnte die Truppen, der neuen Regierung loyal zu dienen.

Berlin, 22. März. Die „Vossische Ztg." meldet aus Stockholm: In einem von den russischen Revolutionären veröffentlichten Aufruf wird Friede verlangt, da das Volk keine Interessen in dem gegenwärtigen blutigen Weltkriege habe; es lechze nach Frieden und fordere sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen.

Bern, 22. März. Die „Temps" meldet aus Petersburg: Ein gemischter, aus Arbeitern und Soldaten bestehender Ausschuß tagt im Taurischen Palast. Die Anhängerzahl der beiden Ausschüsse wächst. Am 20. März waren bereits 1600 Mitglieder eingeschrieben. Jedes einzelne dieser Mitglieder vertritt 1000 Arbeiter oder eine Kompanie. Die Ausschüsse verlangen dringend die Einberufung der konstituierenden Versammlung in der Hoffnung, diese werde die Republik ausrufen. Sie verlangen ferner die Entfernung aller Romanows.

Amsterdam, 22. März. Dem „Allgemeen Handelsblad" zufolge meldet der Berichterstatter der „Daily Chronicle" aus Petersburg vom Sonnabend: Die einzigen Wolken am Himmel seien die wirren Forderungen der Fanatiker. Die Ausschüsse der Abgeordneten, Arbeiter und Soldaten seien zu unlenkbaren Körperschaften von mehr als 1000 Mitgliedern angewachsen and werden von den Sozialisten beherrscht, die zum Teil gemäßigt, zum Teil aber sehr extrem seien und ihre Theorien sofort in die Praxis umsetzen möchten. Die Folge davon sei, daß der Ausschuß zu übereilten und einander widersprechenden Beschlüssen gezwungen sei, die der neuen Regierung ihre Arbeit erschweren. Der Einfluß der ordnungsliebenden Elemente sei aber im Zunehmen begriffen.

Petersburg, 22. März. („Reuter".) Die Schwarze Meerflotte hat sich der neuen Regierung angeschlossen. Der frühere Finanzminister Bark wurde freigelassen. Es verlautet, daß eine große „Freiheitsanleihe" herausgegeben wird. Der Progressist Stakovic wurde zum finnländischen Gouverneur ernannt.

Kopenhagen, 22. März. In den letzten Tagen aus Rußland in Haparanda eingetroffene Nachrichten enthalten immer zahlreichere Anzeichen einer in Entwicklung befindlichen Gegenrevolution. Der Gegensatz zwischen dem Vollziehungsausschuß und den Arbeitern tritt immer schärfer hervor. In Petersburg besteht jetzt die Auffassung, daß die Arbeiter in den nächsten Tagen eine Gegenrevolution veranstalten werden, um den Abschluß des Krieges herbeizuführen. Die Sozialistengruppe im Ausschuß handelt auf eigene Hand und trifft selbständig Maßnahmen. Nicht allein die Gegenrevolution der Arbeiter wird vom Ausschuß befürchtet, sondern auch eine solche seitens der Großfürstenpartei und der Bureaukratie. Das Heer betrachtet man nicht als ganz sicher. Eine allgemeine Meuterei des Heeres werde für unvermeidlich angesehen, wenn der Dumaausschuß sich für die Republik erklären sollte. Die Meldung des Stockholmer Gesandten wird für unwahr erklärt. (?)

London, 22. März. „Reuter" meldet aus Petersburg: Die Regierung hat angeordnet, daß der frühere Zar und die Zarin als Gefangene betrachtet und nach Zarskoje-Selo gebracht werden sollen. General Alexej wird den Abgeordneten Boussikow, Werschinie, Gribomine und Kalnieni, die nach Molihew geschickt werden, eine Truppenabteilung zur Bewachung des Zaren zur Verfügung stellen.

Petersburg, 22. März. („Reuter".) Ein Rittmeister suchte unter dem Vorwand, einen Brief zu überreichen, Zutritt zum Justizminister Kerenski und erregte Verdacht. Bei der Leibesuntersuchung stellte sich heraus, daß er keinen Brief, sondern einen Revolver trug. Der Offizier wurde verhaftet, worauf er sich erschoß.

Berlin, 22. März. Wie die Blätter melden, wurde der amtlich veröffentlichte Zusatz in der Erklärung Miljukows, der sich auf die Fortführung des Krieges bezieht, erst durch nachträglichen schärfsten Druck der Entente veranlaßt.

Washington, 22. März. („Reuter".) Aus sehr guter Quelle verlautet, das Staatsdepartement habe Instruktionen für den Petersburger Botschafter abgefaßt, worin die neue Regierung von den Vereinigten Staaten anerkannt wird.

Die Kämpfe im Westen.

Paris, 22. März. Eine Regierungserklärung betont den festen Entschluß, den Krieg bis zum Sieg fortzuführen und verweist auf das jetzt erfolgte erste Zurückweichen des Feindes, das jedoch nur das Vorspiel neuer Kämpfe sein werde, denen Frankreich mit Vertrauen entgegensehe.

Die französische Regierungskrise.

Bern, 22. März. Lyoner Blättern zufolge erklärten vorgestern in den Wandelgängen der französischen Kammer zahlreiche Abgeordnete, daß sie gewillt seien, die neue Regierung zu unterstützen, um der Gesamtheit der Fragen der Landesverteidigung und des Wirtschaftslebens einen neuen Antrieb zu geben: Es sei zu erwarten, daß das Kabinett eine bedeutende Mehrheit haben werde.

Verschiedene Nachrichten.

Budapest, 22. März. Graf Kuno Klebelsberg, bisher Staatssekretär im Kultusministerium, wurde zum Staatssekretär im Ministerpräsidium ernannt.

Politische und Kriegsübersicht

Die Kämpfe an der Westfront. Wie richtig der deutsche Rückzug an der Ancre, Aisne und Oise in England als eine Gefahr für die Feinde beurteilt wird, beweist z. B. folgende Stelle aus einem Artikel der Londoner Zeitschrift „Nation": Wir wissen, daß im Westen eine große Ansammlung deutscher Kräfte stattgefunden hat, und doch

stoßen wir auf diese neue Weisheit des Sparens mit den Kräften. Sollten die Deutschen auf die Linie Arras—Sailly zurückgehen, so würden sie dadurch wahrscheinlich zehn bis fünfzehn Divisionen für andere Zwecke frei bekommen. Wir können mit vernünftiger Sicherheit annehmen, daß die Deutschen ihre Kräfte im Westen nicht müßig lassen werden. Die bloße Verteidigung entspricht durchaus nicht der preußischen Ueberlieferung. Wo sie zuschlagen werden und wann, das wissen wir nicht. Was sicher ist, ist, daß dieser Rückzug in irgendeiner Weise in den deutschen Plan gehört, daß er nicht unter irgendeinem Zwange erfolgt, sondern mit einer kühlen Entschlossenheit und Absichtlichkeit, die unsere Anerkennung finden muß, daß er nicht erfolgte, bevor neue Streitkräfte im Westen gesammelt waren und ein neuer und furchtbarer Schlag gegen unsere Verbindungen geführt war. Es ist möglich, daß der Bewegungskrieg über uns kommt, ehe wir uns dessen versehen. Oder es kann sein, daß Deutschland einen Angriff auf einer anderen Stelle unserer Front plant und nur unsere Offensive an der Ancre lähmen will. Auf alle Fälle ist einmal wieder der Vorhang vor größeren Ereignissen hoch gegangen, und bis jetzt haben wir wenig Ursache, uns zu unserem Anteil daran zu beglückwünschen.

Die unmittelbaren unangenehmen Folgen des deutschen Rückzuges schildert das Blatt „New-Statesman" folgendermaßen: „Was ist die Folge? Alle unsere Bahnen müssen um so viele Meilen verlängert werden, alle unsere Ausladerampen aufgenommen um so viel näher an der Front wieder hergestellt werden; alle unsere sorgfältig aufgestellten Geschütze müssen nach vorn gebracht und neue (weniger bedächtig ausgewählte) Stellungen für sie gefunden werden; der größere Teil unserer verteilten Munition muß aus den sicheren Lagerstätten wieder hervorgeholt, vorgebracht und neuverteilt werden; alles Einschießen muß von neuem erfolgen, und fast alle unsere Schützengrabenkarten unserer Offiziere finden mit aller Zeit, die sie darauf verwendet haben, sie sich für Nachtangriffe und Nebelbewegungen einzuprägen, ihr Ende im Papierkorb. Kurz gesagt, wir müssen viel Zeit, drei Wochen, einen Monat oder mehr, verlieren, bevor wir gerade da wieder unter gleich günstigen Bedingungen angreifen können. Inzwischen kann der Feind seinen Angriff gegen die Franzosen ins Werk setzen."

Die Revolution in Rußland. Die Londoner Blätter enthalten weitere Einzelheiten über die russische Revolution, die keineswegs als beendet anzusehen sei, da viele Anzeichen darauf hindeuten, daß die Gruppen, die die Revolution zustande brachten, unter sich uneinig seien. Der linke Flügel der Sozialisten beschloß, die revolutionäre Regierung nur so lange zu unterstützen, als sie an dem Programm der Amnestie für politische Verbrechen, der persönlichen Freiheit und der Gleichberechtigung sämtlicher Religionen und Rassen festhält. Auch unter diesen Extremisten gibt es eine Gruppe, die mit dem heutigen Zustande unzufrieden ist und sofortige Proklamierung der sozialistischen Republik verlangt. Diese Gruppe trachtet, die Soldaten zu überreden, der Duma nicht zu gehorchen. Zwar wurde erklärt, daß dies eine Ränke der gestürzten Regierung sei, in der Tat rührt aber das Manifest von den Mitgliedern der linken Dumagruppe her, die darüber empört ist, daß eine neue bürgerliche Regierung aus Ruder gelangte. Diese Gruppe ist bei ihrer unterirdischen Arbeit der Unterstützung der Reaktionären sicher, sie hoffen durch eine Provokation eine Gegenrevolution hervorzurufen. Dies bereitet der provisorischen Regierung große Schwirigkeiten.

Von der russischen Grenze wird gemeldet: Die „echtrussischen" Verbände sind eifrig an der Arbeit, um die Bauern gegen die neue Regierung aufzuhetzen. Es ist gefährlich, daß die „Echt-Russen" die Petersburger Revolution als das Werk der Juden und Judenfreunde hinstellen. Der Führer des Patriotenverbandes, Dubrowin, erließ einen Aufruf an die Bauern des Gouvernements Cherson, daß die Juden im Begriff seien, den Zaren zu fangen, die rechtgläubige Kirche zu stürzen und die Judenherrschaft in Rußland aufzurichten. Es muß damit gerechnet werden, daß die Bauern, getrieben vom antisemitischen Haß, die Gegenrevolution ins Werk setzen, oder den Organen der neuen Regierung keinerlei Lebensmittel liefern werden.

Der bedingte Verzicht des Großfürsten Michael Alexandrowitsch auf den Thron wird in deutschen politischen Kreisen als ein meisterhafter Schachzug der Zarendynastie angesehen. Dadurch wird zunächst der antidynastischen Bewegung die Spitze abgebrochen.

Die Mittelmächte und die Vereinigten Staaten. Aus dem Haag wird gemeldet: Obwohl die Versenkung dreier amerikanischen Schiffe an einem Tage großes Aufsehen in Amerika und England hervorrief, glauben die Newyorker Berichterstatter der Londoner Blätter noch immer nicht, daß Wilson deshalb Deutschland den Krieg erklären werde, umsoweniger als man noch nicht weiß, ob die Passagiere der versenkten Schiffe ertrunken oder gerettet worden seien. Allmählich beginnen diese Berichterstatter, Wilsons Standpunkt, nicht voreilig vorzugehen, zu billigen, sind aber fest überzeugt, daß der amerikanisch-deutsche Krieg unter keinen Umständen ausbleiben kann. „Daily Chronicle" spielt aber auf die Möglichkeit an, daß sich die Haltung der Weststaaten schließlich so ändern könnte, daß Wilson unmöglich den Krieg erklären könnte.

„Associated Preß" meldet aus Washington: Informationen, die Gerard dem Staatsdepartement vorlegte, widerlegen die verschiedenen Behauptungen, daß Deutschland daran denke, den unbeschränkten Unterseebootkrieg abzuändern, um den Krieg mit den Unionstaaten zu vermeiden. Nach dem Beweismaterial, das Gerard mitbrachte, und nach dem, was aus anderen Quellen stammt, erwartet man in Regierungskreisen, daß Deutschland fest entschlossen sei, den Unterseebootkrieg fortzusetzen, auch angesichts der Tatsache, daß eine solche Politik wahrscheinlich zum Krieg mit den Unionstaaten führen wird. Der Präsident wird den Plan, die Unionstaaten in einen Zustand bewaffneter Neutralität zu setzen, fortführen. Dieser Zustand wird solange andauern, bis Deutschland einen bewaffneten Zusammenstoß mit einem amerikanischen Handelsschiff erzwingt, oder bis Deutschland den unbeschränkten Unterseebootkrieg aufgibt. Dagegen wird niemand etwas einzuwenden haben!

Tagesbericht.

(Die künftigen Trafikvergebungen in Ungarn.) Finanzminister Teleßky hat an alle Finanzdirektionen eine Verordnung erlassen, in der er vorschreibt, daß in Zukunft die Vergebung von Großtrafiken nur im Wege einer öffentlichen Offertausschreibung stattfinden darf und daß bei der Vergebung von Trafiken die durch Kriegsverletzungen arbeitsunfähig gewordenen Personen in Betracht gezogen werden müssen. Ferner sollen Personen Berücksichtigung finden, die Verwandte von im Kriege verstorbenen Soldaten sind, und zwar hauptsächlich deren Witwen und Waisen oder Eltern, wenn sie ihre Ernährer im Kriege verloren haben.

(Eine Millionenstiftung.) Der bekannte Munitionsfabrikant Manfred Weiß hat zugunsten der Mütter und Säuglinge eine Stiftung im Betrage von zwei Millionen Kronen errichtet. Aus den Zinsen dieser Stiftung sollen eine Landes-Mutter- und Säuglingsschutz-Zentrale und ein Musterspital errichtet werden, in dem ausschließlich Säuglinge aufgenommen und Aerzte in der Kinderheilkunde und in der Säuglingsfürsorge ausgebildet werden sollen. Diese Aerzte werden dann mit der Leitung der in den verschiedenen Teilen des Landes zu errichtenden Säuglingsspitäler betraut. An die Königin wird die Bitte gerichtet werden, das Protektorat über diese Einrichtung, die ihren Namen führen wird, zu übernehmen. Für die spätere Erhaltung des Spitals hat der Staat Sorge zu tragen.

(Eine Grundwasserkatastrophe.) In der im Komitat Bacs-Bodrog gelegenen Gemeinde Mohol hat sich infolge heftig eingetretenen Tauwetters das Grundwasser in so großen Mengen angesammelt, daß etwa 150 Lehmhäuser eingestürzt sind. Auch in der Gemeinde Ada sind einige Häuser eingestürzt. Beide Gemeinden liegen in einem tiefen Becken.

(Auszeichnung einer wackeren Landwirtsfrau.) Die Landwirtsfrau Marie Pech in Morgenthau in Böhmen, die sich gegen eine Erhöhung der Preise für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse energisch gewehrt hat und zum Beispiel ein Kilo Butter noch für K 4.50 verkauft, hat das Silberne Verdienstkreuz mit der Krone erhalten. — Sogar eine noch höhere Auszeichnung wäre für die wackere Frau nicht zu hoch gewesen!

(Vergebliche Erfindermühen in England.) Die neueste Nummer des „Spectator" meldet: In dem der Admiralität angegliederten „Antisubmarine-Departement" sind seit Mitte Februar über 8900 sogenannte Erfindungen zur Bekämpfung der Unterseebootsperre eingelangt. Es befinden sich darunter Vorschläge der bekanntesten englischen Schiffsbauingenieure. Das Bedauerliche an der Sache ist aber, bemerkt das Blatt, daß von den vielen, vielen Anregungen, Plänen und Modellen nicht ein einziges Stück wirklich praktischen Wert besitzt.

(Einführung der Todesstrafe beim belgischen Heere.) Nach „Petit Journal" unterzeichnete König Albert von Belgien in Le Havre, dem Sitz der belgischen Regierung, am 5. März ein Gesetz, durch welches die Todesstrafe im belgischen Heere eingeführt wird. Mit dem Tode wird unterschiedslos der Soldat jedes Dienstgrades bestraft, der vor dem Feinde desertiert. — Daß diese Maßregel, die mit dem belgischen „Liberalismus" im Widerspruch steht, jetzt eingeführt wird, läßt sehr tief blicken!

(Das Familienarchiv des Kolumbus.) Der Herzog von Veragua, der letzte Nachkomme von Kolumbus, bietet jetzt, wie aus Madrid gemeldet wird, dem spanischen Unterrichtsministerium sein Familienarchiv an, das auch den Urkontrakt zwischen dem Weltentdecker und dem katholischen Herrscherpaar Ferdinand und Isabella enthält. Er verlangt eine Million Pesetas. Nordamerika bietet mehr. Der Minister hat erklärt, er werde eine Verfügung treffen, wie seinerzeit für die Bilder von van der Goes, damit unschätzbare Urkunden im Lande bleiben.

(Deutschfeindliche Wühlereien der Entente bei den Neutralen.) Nach dem Bericht der Schweizerischen Postverwaltung ist die Schweiz auch im abgelaufenen Jahre mit Propaganda-Literatur überschwemmt worden. Druckschriften in denen die Gegner augenfällig beschimpft und verleumdet werden, werden durch die Zensur von der offenen Beförderung ausgeschlossen, neutralitätswidrige Drucksachen beschlagnahmt oder an die Absender zurückgeleitet. Sehr bezeichnend ist folgende Stelle in dem amtlichen Bericht: „Oft werden zur Irreführung der Leser im In- und Auslande sogar gefälschte Zeitungen gedruckt und versandt. Es gelang, zahlreiche gefälschte Exemplare einer Nummer der „Straßburger Post" und verschiedene gefälschte Nummern der „Gazettes des Ardennes" sowie der unter falscher Flagge segelnden „Kriegsblätter für das deutsche Volk" zu beschlagnahmen. Außerdem wurden von der Oberpostdirektion neutralitätswidrige Ansichtskarten eingezogen." Von der offenen Postbeförderung werden von der Schweizer Postverwaltung auch sämtliche Sendungen ausgeschlossen, die mit Aufdrucken oder Aufschriften versehen sind, durch die zum Haß oder Boykott gegenüber einem kriegführenden Lande aufgefordert wird.

(Ein kühnes Patrouillenstückchen) haben kürzlich ein paar deutsche Unteroffiziere in der Gegend von Cumieres ausgeführt. Eine französische Feldwache sollte aufgehoben werden. Drei Unteroffiziere, die sich als erste freiwillig gemeldet hatten, baten, das Unternehmen allein ausführen zu dürfen. Am hellen Tage liefen die drei überraschend gegen den französischen Graben an und die ganze Besatzung, ein Sergeant, zwei Unteroffiziere und acht Mann ergaben sich dem nur ein Viertel so starken Angreifer und ließen sich willig in Gefangenschaft abführen. Ein Unternehmen wie das geschilderte, das keinesfalls vereinzelt dasteht, wirft ein bezeichnendes Licht auf Haltung und Geist der deutschen Truppen.

Ueber die neue Einkommensteuer, Vermögensteuer und Kriegsgewinnsteuer.

Um mehrfach geäußerte Zweifel und Ungewißheiten aufzuklären, wird es wohl von Nutzen sein, im Nachfolgenden einen kurzen Ueberblick über die Bestimmungen der Durchführungsverordnung zu den neuen Steuergesetzen, Z. 127.000 v. J. 1916 Finanz-Min. zu geben. Gleichzeitig wollen diese Ausführungen auch das Ausfüllen des Bekenntnisbogens den Einzelnen erleichtern.

I. Die neue Einkommensteuer.
(G.-A. 26:1916.)

Von den neuen Steuergesetzen war in den Jahren 1915 und 1916 die Einkommensteuer als eine neue Abgabe neben den auch weiter aufrecht bestehenden bisherigen Steuern (z. B. Erwerbsteuer 1. und 3. Klasse der Handwerker, Handel- und Gewerbetreibenden) ins Leben getreten. Es wurden jedoch nur die Einkommen von 20.000 Kronen und darüber besteuert. Allgemein wurde sie als „Kriegssteuer" bezeichnet. Der neue Gesetzartikel 26:1916 erweitert nun diese Steuer, indem er anordnet, daß schon die Einkommen von 10.000 K und darüber steuerpflichtig sind.

Ohne nun auf alle Bestimmungen der Durchführungsverordnungen einzugehen, wollen wir hier nur die im alltäglichen Leben allgemein vorkommenden herausgreifen.

Von den sogenannten juridischen Personen unterliegen ihr nur die sogen. Kompossessorate, die Hausgemeinschaften, Konkurs- und Sequestermassen und ähnliche. Es fallen also nicht unter die Einkommensteuer bei uns die Firmen mit mehreren Inhabern, die öffentlichen Institute, die Banken, Versicherungsgesellschaften, Aktiengesellschaften, Städte und Gemeinden, wohltätigen Fonde sowie die zu kulturellen Zwecken entstandenen Vereine; dazu gehören auch die Kasino und die Sportvereine. — Besteht also eine Firma aus den Inhabern A und B, von denen A noch für sich allein ein Haus, B ein Grundstück besitzt, so hat A sein Einkommen aus dem Hause und seinen Geschäftsanteil, B das Erträgnis seines Grundes und ebenso seine Beteiligung am Geschäftsertrag einzubekennen.

Das Einkommen der Familienmitglieder muß das Familienhaupt angeben, d. h. zu dem seinen dazurechnen in folgenden Fällen:

Wenn er in gemeinsamem Haushalte lebt mit der Frau, seinen und ihren Eltern, Großeltern, Kindern, Enkeln, Schwiegersohn und Schwiegertochter, sowie den nächsten Seitenverwandten, wenn des weitern er das Vermögen derselben verwaltet, d. h. einen Teil des Einkommens derselben zu Zwecken des gemeinsamen Haushaltes verwendet. Ebenso bei den großjährigen Kindern und Enkeln, wenn diese ihr ganzes oder teilweises Einkommen als Entgelt für die Verpflegung (also gleichsam als Kostgeld) dem Familienoberhaupt überlassen.

Sowohl bei minderjährigen, als auch bei großjährigen Kindern, Verwandten, wird das Einkommen nicht dazu gerechnet, wenn dieser Haushaltungsbeitrag die tatsächlichen Erhaltungskosten nicht übersteigt.

Steuerfrei sind die Bezüge der zur bewaffneten Macht (Armee, Landwehr, Landsturm) gehörenden Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, der in öffentlichem Dienste Stehenden nach ihren sämtlichen Dienstesbezügen (auch Pensionen) und der in Privatdienst Stehenden nach ihren Diensbezügen bis 20.000 K, insoferne alle vorerwähnten Personen außer ihren Bezügen (Gehalt, Quartiergeld, Teuerungszulagen usw.) gar kein weiteres Einkommen haben. Hat jedoch jemand z. B. ein öffentlicher Beamter aus Grund- und Hausbesitz, aus Spareinlagen oder gezeichneten Kriegsanleihen ein, wenn auch noch so minimales Einkommen, und ergibt dies zusammen ein Einkommen von 10.000 K, so wird alles zur Steuerbasis zusammengezogen, die hierauf entfallende Einkommensteuer berechnet, tatsächlich ausgeworfen wird jedoch nur der Steuerbetrag, der im Verhältnisse gerechnet auf dieses Nicht-Dienstes-Einkommen entfällt.

Hier muß schon hervorgehoben werden, daß bisher steuerfreie Einnahmen, z. B. Staatsrente, Kriegsanleihe, Spareinlagen usw. jetzt der Einkommensteuer unterliegen.

Als steuerpflichtiges Einkommen, „woher immer es stamme", betrachtet das Gesetz nicht nur die Brutto-Geldeinnahmen, sondern z. B. auch den Mietswert der Wohnung im eigenen Hause, des Naturalquartiers, den Wert der aus dem eigenen Geschäfte im eigenen Haushalte verbrauchten Artikel, den Wert des aus dem eigenen Garten verbrauchten Gemüses und Obstes usw.

Die Hermannstädter evangelische Krankenpflege im Krieg.

Es ist natürlich und selbstverständlich, daß sich unsere evangelische Krankenpflegeanstalt seit Beginn des Weltkrieges warmen Herzens bemüht hat, das Los der von der Härte des Krieges Betroffenen nach Kräften zu lindern. So wurde denn auch sofort schon im Juli 1914 ein Gebäude der Anstalt zum größeren Teil für die Aufnahme verwundeter und kranker Offiziere vorbereitet. Hier fanden nun bis zum November 1915 66 Offiziere die sorgsamste Pflege. Aber auch außerhalb der Anstalt waren Krankenschwestern im Kriegsdienst tätig; 12 Schwestern pflegten im Garnisonsspital die Verwundeten, eine in dem zum Spital umgewandelten evang. Diasporaheim. Ebenso waren Schwestern stets um die im Bürgerspital untergebrachten Verwundeten besorgt.

Die schwerste Zeit aber begann für die evangelische Krankenpflege mit dem Einbruch der Rumänen in Siebenbürgen. In der Anstalt blieben 32 Schwestern und sie hatten schon gleich in den letzten Augusttagen alle Hände voll zu tun, denn sowohl aus dem Bürgerspital, wie aus dem Garnisonsspital war das gesamte Pflegepersonal geflüchtet. Am 29. August wurden die ersten Verwundeten im Garnisonsspital von Dr. Ungar und den Pflegeschwestern übernommen. Als am nächsten Tag weitere Verwundete einlangten, das Garnisonsspital aber mittlerweile evakuiert worden war, veranlaßte Dr. Ungar die Uebersiedlung der Verwundeten ins Bürgerspital, von wo sie dann, als der Feind immer näher rückte, weiter hinter die Front geschafft wurden.

Jetzt begann erst die schwierigste Arbeit für die Pflegeschwestern! Sie hatten nicht nur die im Spital befindlichen Kranken zu pflegen, sondern mußten auch für sie kochen, denn auch das gesamte Küchenpersonal hatte sich der allgemeinen Flucht angeschlossen, dazu kam dann noch die Armenpflege und die Sorge für die vielen Kranken, die allein in der Stadt zurückgeblieben waren, weil ihnen ihr Zustand die Flucht unmöglich gemacht hatte. Auch für diese mußte in der Anstalt gekocht und Brot gebacken werden.

Dann kamen die letzten Septembertage mit dem glorreichen Sieg unserer verbündeten Truppen. Aber der Sieg forderte auch gar manche blutigen Opfer und die Kraftwagen mit dem roten Kreuz brachten Tag und Nacht die vielen verwundeten Krieger. Schon am 27. September war das deutsche Feldlazarett Nr. 12 hier eingetroffen und hatte sich im Bürgerspital und der Krankenpflegeanstalt niedergelassen. Durch fünf Tage haben da die deutschen Aerzte mit Hilfe der evang. Pflegeschwestern die schwerste Arbeit geleistet. Als dann dieses Feldlazarett der Front nachzog, ergriff das Kriegslazarett Nr. 58 Besitz vom Bürgerspital und der Krankenpflege. Nun trafen auch schon deutsche Pflegerinnen ein und nur 5 unserer Schwestern blieben in diesem Lazarett. Dagegen aber übernahmen sieben evang. Schwestern die Pflege der rumänischen Verwundeten, von denen zeitweilig mehrere Hundert im Spital lagen.

Je weiter die Truppen in Rumänien eindrangen, destoweniger Verwundete kamen hieher. Jetzt haben wieder die Schwestern ihren Dienst im Garnisonsspital aufgenommen.

Wie im Frieden wurden auch im Krieg die evang. Schwestern als Pflegekräfte hoch geschätzt und sie haben sich bei der Pflege leicht und schwer Verwundeter immer bestens bewährt.

E. S.

Aus Hermannstadt und Umgebung.

(Beförderung.) Der Vorstand der hiesigen Filiale der Pester Ungarischen Commercialbank, Herr Geza Hercz, ist zum Filialdirektor ernannt worden.

(Brotverkauf.) Von Seite der städtischen Polizeihauptmannschaft wird verlautbart: 1. Jeder Bäcker darf nur so viele Brotmarken vom Käufer abnehmen, als er Brot im Gewichte ausfolgt. 2. Das Brot muß dem Käufer vorgewogen werden. Diesemnach für ein Kilogramm Brot 24 Brotmarken oder drei wagrechte Reihen des ganzen auf zehn Tage lautenden Brotzettels. — Diesbezügliche Anzeigen sind sogleich nach dem Kauf, tunlichst bei Zeugen, hieramts zur Anzeige zu bringen.

(Medizinische Sektion.) Montag den 26. d. M. abends 8 Uhr Sektionsversammlung in der Restauration Kovats, Hermaniazimmer. Besprechung von Standesfragen. Bericht über die Geldgebarung im Jahre 1916.

(Hermannstädter Männergesangverein.) Für die Bittermannstiftung ist noch folgendes eingelaufen: von Dr. Daniel Czekelius 20 K, von den Unteroffizieren der Sanitätsabteilung Nr. 22 zum Andenken an ihren ehemaligen Kollegen 50 K. Herzlichen Dank sagt die Vereinsleitung.

(Kirchenkonzert.) Das am 18. d. M. zugunsten der Kriegswaisen des Hermannstädter Kinderschutzvereins in der evang. Stadtpfarrkirche abgehaltene Konzert brachte samt 48 K Ueberzahlung 2232 K. Ausgaben 108 K 46 h, Reingewinn 2123 K 54 h. Ueberzahlt haben: Oberarzt Dr. K. Egon Gundhart 6 K, kgl. preußischer Stabsarzt Dr. Perdelwitz 7 K, Reichstagsabgeordneter R. Brandsch 14 K, Frau Apotheker Pissel 10 K, ein Ungenannter 6 K, Küster Lorenz 5 K. All denen, die durch ihre selbstlose, gütige Mitwirkung die Abhaltung dieses Konzertes ermöglichten und dadurch die humanitäre Arbeit des Vereins förderten, sei auch an dieser Stelle aufrichtiger Dank gesagt vom Ausschuß des Hermannstädter Kinderschutzvereins.

(Zum Andenken an Honvedmajor Nik. Sandorffy.) Der Kommandant des Kaders des k. ung. Landwehrinfanterieregiments Nr. 30 in Budapest ersucht auf diesem Wege Verwandte oder Freunde des am 8. September 1915 an einer im Dienste erworbenen Krankheit verstorbenen Majors dieses Regiments Nikolaus Sandorffy, anscheinend eines Hermannstädters, für ein vom Kader herauszugebendes Ehrenbuch des Regimentes ihm eine warme und herzlich geschriebene Würdigung des Charakters des Verewigten, 50 bis 60 Zeilen, einzusenden. Ein fertig adressierter Briefumschlag kann aus der Schriftleitung dieses Blattes abgeholt werden.

(Kartoffelverkauf.) Von Freitag den 23. d. M. angefangen werden jeden Freitag und Dienstag vormittag von 8 bis 12 Uhr auf dem städtischen Rathause Kartoffeln verkauft. Der Preis eines Viertels (20 Liter) beträgt 2 Kronen 40 Heller.

Der Magistrat.

(Frauenheimverein.) Montag den 26. d. M. halb 6 Uhr abends liest Frau Leopoldine Nikesch anschließend an den Montagkaffee über „Erlebnisse und Erfahrungen während unserer Flucht". Eintritt 50 Heller. Das Erträgnis ist für die Freistelle im Frauenheim bestimmt. Alle Mitglieder und Freundinnen des Vereines sind dazu freundlich eingeladen.

(Römisch-kath. Kirchen- und Schulumlagen.) Die Bemessung der römisch-katholischen Kirchen- und Schulumlagen für das Jahr 1916 hat bereits stattgefunden. Die diesbezüglichen Steuerregister liegen zur gefälligen Einsichtsnahme beim städtischen Steueramte auf. Etwaige Rückstände sind womöglich binnen 8 Tagen einzuzahlen.

(Für die Reformationsjubiläumsspende) zum Aufbau eines eigenen Heims für das landeskirchliche Waisenhaus in Birthälm haben Bischof D. Fr. Teutsch und Frau 1000 Kronen, Oberbuchhalter Gustav Kißling und Frau „in trauerndem Gedenken an drei gute Söhne unseres Volkes: Ludwig Binder, Hans Fabritius und Oskar Fabritius" 100 Kronen gewidmet. Für beide Widmungen dankt bestens das Landeskonsistorium.

(Spenden.) Restaurateur Karl Kovats hat dem evang. Waisenhaus statt eines Kranzes auf das Grab seines Freundes Adolf Spek 10 Kronen gespendet, wofür die Lutherhausleitung geziemenden Dank ausspricht.

(Städtische Lichtspiele.) Bilderfolge für Donnerstag und Freitag: Sascha-Meister-Woche: Die neuesten Kriegsaktualitäten. Jugend kennt keine Tugend, amerikanische Burleske in zwei Akten. Geopfert, soziales Drama in vier Akten. Vornehme Bekanntschaft, Posse in einem Akt.

(Apollobioskop im Gesellschaftshaus.) Bilderfolge für Donnerstag und Freitag: Mister Robinson, eine amerikanische Geschichte in vier Akten. Außerdem ein Ergänzungsprogramm.

**Verantwortlicher Hauptschriftleiter:
Emil Neugeboren.**

Teile hiedurch höflichst mit, dass ich das **Brotter-** und **Bauholzgeschäft** bisher **Neumann & Rieger,** nach im freundschaftlichen Wege erfolgten Austritt des Herrn Arthur Rieger, unter meiner Firma im weitesten Umfange weiterführen werde.

Hochachtungsvoll:

1032 **Julius Neumann.**

M.-Zl. 2643. 1917. 1038 1

Fischereiverpachtung.

Mittwoch den 4. April 1917 vormittags 9 Uhr findet im städt. Rathaussaale die Lizitation zur Verpachtung des Fischereirechtes im Zibin, Reußbach u. Schewisbach mit Inbegriff des Krebsfanges für die Zeit vom 1. April 1917 bis 31. Oktober 1923 statt.

Die Lizitation ist eine mündliche, doch werden bis zum Beginn der Lizitation beim Stadtbauamte auch schriftliche, versiegelte und mit dem vorgeschriebenen Vadium versehene Offerte angenommen.

Die näheren Lizitationsbedingungen liegen im Stadtbauamte zur Einsichtnahme auf.

Nagyszeben, am 19. März 1917.

Der Stadtmagistrat.

Zl. 41. 1917. 932 2

Bewerbungsaufruf.

Für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober l. J. wird für die Sommerbewahranstalt in Scharosch bei Elisabethstadt eine Leiterin gesucht. Bezüge: 80 Kronen monatlich, freie Wohnung u. Ersatz der Fahrkosten. Die Gehilfin bezahlt der Frauenverein. Meldungstermin am 5. April 1917.

Scharosch, am 10. März 1917.

Das ev. Presbyterium A. B.

Sz. 97. 1917. 1027

Pályázati hirdetmény.

Szászivánfalvaközségi irnoki állása 1917 január 1-től kezdőleg 3 évre betöltendő.

Javadalmazás:

1. Fizetés évi 620 K.
2. Végrehajtások alkalmával 2 korona napidij.

Ehhez bevalás esetén némi mellékjövedelmet engedek át.

Okmányolt kérések járásom főszolgabirójához cimzetten hozzám hó 28-ig adandók be.

Szászivánfalva, 1917. március 12-én.

Hietsch János
jegyző.

Hutweideverpachtung.

Die evang. Kirchengemeinde A. B. in Reußen verpachtet Sonntag den 25 März 1917 nachmittags 3 Uhr ihre Hutweide.

Ausrufspreis 2783 Kronen.

Vadium 10% des Ausrufspreises.

Nachträgliche Angebote werden nicht berücksichtigt. — Nähere Bedingungen beim Pfarramt. 1039 1

Reußen, am 22. März 1917.

Das evang. Presbyterium A. B.

Kundmachung.

Wegen Raummangel sind zu verkaufen: ein **Feder-Wagen** fast neu, 6 sitzig und Kutschersitz, ein **Gesellschafts-Wagen** 9 sitzig, eine **Maiskolbenschrotmühle** für Kraftbetrieb und ein **Kutschierwagen,** fein mit Lederdach.

Joh. Friedrich

1035 1 **Feldgasse Nr. 5**

Privatstunden

für einen Schüler der IV. Realklasse in **Magyarisch, Französisch** und **Mathematik** gesucht. Adresse in der Verw. d. Blattes. 1031 1

Geschäfts-

Stellagen

mit zwei grossen **Spiegeln** für ein Kanditengeschäft und eine **Tür** zu verkaufen, Wagnergasse 25a. 1008 2

Günstiges Bücher-Angebot

Kriegssammelbände in Original-Einbänden der Zeitschriften:

Jugend à Band statt K 16·80 bloß K 9·—
Simplizissimus à Bd. „ K 16·— „ K 9·—
Muskete à Band „ K 11·— „ K 6·—
Lustige Blätter à Bd. „ K 12·— „ K 7·50

Heßhaimer, Heil und Sieg, 34 Zeichnungen vom östlichen Kriegsschauplatz in Mappe statt K 10·— bloß K 5·—

Probebände der „Jugend", der „Lustigen Blätter", der „Fliegenden Blätter" à Band (umfaßt 5—6 Nummern) K 1·—

Viktor Scheffel-Album, Perlen deutschen Humors mit 325 Bildern statt K 5·60 937 2 bloß K 2·80.

Buchh. Fr. Michaelis Nachf. E. Düch
Heltauergasse 27.

Leichter Federwagen

und

Einspänner-Geschirr

werden gekauft. Näheres in der Verwaltung dieses Blattes.

Haus mit Garten

wie auch **Bauholz** und **Arbeitsholz** für Tischler zu verkaufen.

Julius Belolawek

1028 1 **Rosenanger Nr. 5**

Gesucht wird

Mädchen od. Frau

zu einem einjährigen Kinde, sofortiger Eintritt 1033 1

Carl Kovats
Heltauergasse Nr. 38

Im Neubau

Reitschulgasse 2

drei Zimmer, Vorzimmer und Zugehör, zu vermieten. 1036 1

Saure

Gurken

in Gläsern, Aepfel-Marmelade, saures Häupelkraut, zu verkaufen, Lederergasse Nr. 8 1029 1

Jagdgewehr

doppelläufig, zu kaufen gesucht. Anträge mit Preisangabe an die Verwaltung dieses Blattes. 1030 1

Ein Paar Pinzgauer

Ochsen

und 1037 1

ein Pferd

zu verkaufen, **Mönchhof 4.**

U.-Z. 201. 1917 772 3

Konkurs.

Auf die beim Zentralamte der sächsischen Universität in Nagyszeben zur Besetzung kommenden nachgenannten Stellen wird hiemit der Konkurs bis zum **7. April 1917** eröffnet und zwar:

1. Auf die **Universitäts-Konzipistenstelle:**
   Die statutenmäßigen Bezüge dieser Stelle sind:
   Jahresgehalt . . . . . K 3200·—
   Quartiergeld . . . . . K 700·—
   Außerdem eine nur von Jahr zu Jahr votierte Quartiergeldzulage von K 300·—

2. Auf die **Buchhalterstelle:**
   Die statutenmäßigen Bezüge sind:
   Jahresgehalt . . . . . K 2400·—
   Quartiergeld . . . . . K 500·—
   Außerdem eine nur von Jahr zu Jahr votierte Quartiergeldzulage von K 200·—

3. Auf die eventuell in Erledigung kommende **Offizialstelle:**
   Die statutenmäßigen Bezüge dieser Stelle sind:
   Jahresgehalt . . . . . K 2000·—
   Quartiergeld . . . . . K 500·—
   Außerdem eine nur von Jahr zu Jahr votierte Quartiergeldzulage von K 200·—

Außer den obigen Bezügen gebühren allen Angestellten der sächsischen Universität bei pflichttreuer Dienstleistung 5 Quinquennalzulagen in der Höhe von 10% ihres Grundgehaltes und wurden ihnen seit einer Reihe von Jahren alljährlich 20% Teuerungs-, und seit Ausbruch des Krieges 20% Kriegszulage nach ihren Grundgehalten und Quinquennalzulagen, sowie je 200 K Erziehungsbeitrag nach einem Kinde (bis zu 3 Kindern) zugesprochen.

Für die Stelle des Universitätskonzipisten ist der Nachweis der bestandenen rechts- oder staatswissenschaftlichen Staatsprüfungen erforderlich.

Der Universitätskonzipist ist verpflichtet über Betrauung auch die Agenden eines Kontrollors zu versehen, in welchem Falle er eine besondere Remuneration jährlicher 360 K und eine nur von Jahr zu Jahr bewilligte Zulage von 100 K erhält.

Alle obigen Stellen sind mit Pensionsberechtigung verbunden und werden durch Wahl der Generalversammlung der sächsischen Universität besetzt.

Die eingenhändig geschriebenen, mit den Zeugnissen über die Vorbildung, bisherige Verwendung, Sprachkenntnisse usw. instruierten Bewerbungsgesuche sind bis zum obigen Termine beim unterschriebenen Zentralamte einzureichen, bei dem auch alles Nähere bezüglich obiger Stellen erfragt werden kann.

Vom Zentralamte der sächsischen Universität:

Nagyszeben, am 1. März 1917

gez. **Walbaum,** Obergespan als Komes.

Städtisches Kino.

Programm für Donnerstag u. Freitag den 22. u. 23. März

Grosser Novitäten-Abend

Das neueste Prachtwerk der „Luna Film Gesellschaft", Berlin

Geopfert Filmroman von **Walter Schmidthässler.** Grosses sociales Drama in 4 Akten.

In den Hauptrollen die bedeutendsten Berliner Künstler

Sascha-Messter-Woche Die neuesten Kriegs-Aktualitäten

Der reizendste amerikanische Lustspiel-Schlager der Saison

Jugend kennt keine Tugend Köstliche amerikanische Burleske in 2 Akten

Vornehme Bekanntschaft Posse in 1 Akt

Sonnabend u. Sonntag: **Grosser amerikanischer Abend**

Montag und Dienstag: **Der Sensations-Film von Jokai Mor**

„Mire megvénülünk"- I. Theil 901

Mein wohlbekanntes, in Schäßburg, Marktplatz in bester Lage befindliches

Geschäft

(Bäckerei verbunden mit Spezereihandlung und Tabaktrafik, oder auch Bäckerei allein)

ist unter günstigen Bedingungen zu verpachten.

Nur ernste Angebote an

1034 1 **Josef Zielinski, Schässburg.**

Verlag der Siebenbürgisch-deutschen Verlags-Aktiengesellschaft. — Druck von Jos. Drotleff, Hermannstadt.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.